

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und
Gesundheit
am Donnerstag, dem 10.03.2022, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:20 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Bericht der Verwaltung	5
3. Coronapandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand 028/2022	8
4. Kooperations- und Unterstützungsprojekt zur Prävention von Wohnungsnotfällen im Kreis Warendorf 037/2022	9
<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	
1. Bericht der Verwaltung	11
2. Abschluss eines Vertrages mit dem Verein Alter und Soziales e.V. 017/2022	12

Anlagen

- Anlage 1 Corona-Pandemie im Kreis Warendorf – Sachstandsbericht
Anlage 2 Kooperations- und Unterstützungsprojekt zur Prävention von Wohnungsnotfällen im Kreis Warendorf

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Aydemir, Ergül	
Blömker, Franz-Ludwig	
Eickmeier, Elisabeth Irmgard	
Geiger, Andrea	
Hamann, Maria	
Heringloh-Poll, Norbert	
Lehnert, Susanne, Dr.	
Riveiro Vega, Sandra	
Rust, Sylvia	
Schade, Janina	
Schubert, David	
Strohbücker, Josef	
Strübbe, Robert	
Wamba, Gilbert	
stellv. Ausschussmitglieder	
Grap, Valeska	Vertretung für Frau Hohmann de Palma
Luster-Haggeney, Rudolf	Vertretung für Herrn Hövelmann
Schulze Westhoff, Stephan	Vertretung für Frau Zimmermeyer-Schürmann
von Ketteler, Friedrich-Carl	Vertretung für Herrn Möllmann
von der Verwaltung	
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.	
Klausmeier, Brigitte	
Middendorf, Anne	
Röttger, Kirsten	
Schabhüser, Helmut	
Wiedemann, Lena	

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Hohmann de Palma, Ingrid

Hövelmann, Volker

Möllmann, Rolf

Strecker, Rita

Zimmermeyer-Schürmann, Heike

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 25.02.2022 form- und fristgerecht versandt wurde.

Frau Eickmeier bittet vorab um einen Bericht zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine. Herr Strübbe verweist auf den Bericht von Frau Klausmeier zu TOP 2.

Im Gedenken an die Menschen in der Ukraine wird eine Schweigeminute eingelegt.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend.

2. Bericht der Verwaltung

Frau Klausmeier berichtet, dass aktuell 441 Flüchtlinge aus der Ukraine bei der Ausländerbehörde des Kreises Warendorf gemeldet sind, davon 258 weibliche und 183 männliche Personen. Es handelt sich um 242 Erwachsene und 199 Kinder.

Gemäß der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung sind die Menschen vorübergehend vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit. Die Flüchtlinge haben drei Monate Zeit, einen Aufenthaltstitel zu beantragen.

Bei der Ausländerbehörde könne online eine vorläufige Bescheinigung für eine Aufenthaltsberechtigung beantragt werden.

Den Flüchtlingen werden bei Bedürftigkeit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt. Die medizinische Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine erfolge daher ebenfalls nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die zuständigen Sozialämter der Kommunen stellen dazu Behandlungsscheine aus, mit denen die Menschen einen Arzt aufsuchen können. Diese beinhalten den Anspruch auf notwendige ärztliche und zahnärztliche Leistungen.

Frau Eickmeier bittet den Kreis, durch Busunternehmen möglichst viele Flüchtlinge zum Schutz in den Kreis Warendorf zu holen und diesen unbürokratisch Hilfe zu bieten. Die Unterkunft in Ahlen biete Platz genug.

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass es Aufgabe der Städte und Gemeinden sei, für die Unterbringung von Flüchtlingen zu sorgen. Die Aufnahme von Flüchtlingen müsse koordiniert werden und in einem geordneten Verfahren über das Land laufen.

Herr Blömker weist darauf hin, dass Personen für die Übernahme einer ehrenamtlichen Vormundschaft für die Zielgruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus der Ukraine gesucht werden. Hier sei eine große Hilfebereitschaft der Bevölkerung festzustellen.

Herr Luster-Haggenev teilt mit, dass alle bisher im Kreis eingetroffenen Flüchtlinge untergebracht werden konnten. Wichtig sei, vor Eintreffen der Flüchtlinge Unterbringungsmöglichkeiten mit den Städten und Gemeinden des Kreises zu klären.

Frau Arizzi Rusche berichtet, dass aus medizinischer Sicht zu berücksichtigen sei, dass in der Ukraine neben der Corona-Pandemie auch die Verbreitung von Masern und Tuberkulose relevant sei. Für geflüchtete Kinder lägen oft keine Impfbücher vor, so dass häufig unklar sei, welche Impfungen mit welchem Impfstoff durchgeführt wurden. Im Austausch mit der Bezirksregierung werden derzeit gesundheitliche Standards für Flüchtlinge aus der Ukraine, z.B. Eingangsuntersuchungen, festgelegt.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Geiger, Frau Grap und Herr Strohbücker.

Frau Middendorf berichtet über den Sachstand aktueller Projekte des Sozialamtes.

1. Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf - Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung“ (Vorstellung im SGA am 17.06.2021):

Im Rahmen der Umsetzung des Kreisentwicklungsplans 2030plus (Schaffung von Angeboten gegen Vereinsamung und Ausweitung der aufsuchenden Seniorenberatung) wurde das Projekt „**Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf - Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung**“ vorgestellt, das ein intensives Beratungsangebot für ältere alleinlebende Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger zum Inhalt hatte.

Hierfür sollten auf der Grundlage des § 20a SGB V (kommunales Förderprogramm zur Förderung zielgruppenspezifischer Interventionen in der lebensweltbezogenen Gesundheitsförderung und Prävention) sollten Fördermittel beantragt werden. Ein entsprechender Auftrag wurde der Verwaltung erteilt.

Nach Eingang der Projektskizze hat das GKV-Programmbüro trotz mehrfach abgestimmten Veränderungen der Projektskizze verdeutlicht, dass das Vorhaben, insbesondere der niedrigschwellige, aufsuchende Ansatz, nicht förderfähig sei. Dieser Kernansatz ist jedoch von besonderer Bedeutung, um einen Zugang zu der schwer erreichbaren Zielgruppe zu erreichen.

Da eine vollständige konzeptionelle Veränderung nicht zielführend ist, wurde der Antrag beim GKV-Bündnis für Gesundheit zur Förderung zielgruppenspezifischer Interventionen zurückgezogen.

Der Kreisverwaltung ist es auch weiterhin ein wichtiges Anliegen, mit einem umfassenden Beratungsangebot die Lebenssituation von älteren Menschen mit geringen Einkommen sowie die Gesundheit und soziale Teilhabe zu verbessern. Aktuell werde überlegt, wie das geplante Vorhaben als Pilotprojekt in eigener Regie durchgeführt werden könne.

2. Nachhaltige Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege - care4future

Nach der Informationsveranstaltung am 18.01.2022 konnten für das Pilotprojekt in Warendorf gewonnen werden:

- fünf Träger von ambulanten Pflegediensten sowie voll- und teilstationären Einrichtungen: Cathamed Pflege GmbH, AP Pflegedienste GmbH, BHD Pflegedienste GmbH, Malteser Rhein-Ruhr gGmbH, Caritas Seniorenheime Betriebsführungs- und Trägerschaft GmbH
- die örtliche Pflegeschule (Edith-Stein-Kolleg)
- das örtliche Krankenhaus (Josephs-Hospital Warendorf)
- eine allgemeinbildende Schule (Bischöfliche Realschule „Johann-Heinrich-Schmülling-Schule“)

Das erste Netzwerktreffen ist für den 15.03.2022 geplant.

3. „Besser jetzt-gut beraten ins Alter“

Frau Middendorf berichtet über die aktuellen Sachstände der Projekte.

Gemeinde Beelen

Projektstart war im September 2021. Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung am 14.09.2021 wurden 496 Anschreiben im Rahmen der Vollerhebung verschickt, die Rücklaufquote betrug 8,87 %.

Gemeinde Wadersloh

In der Gemeinde Wadersloh musste das im Februar 2020 begonnene Projekt aufgrund der Corona-Pandemie abgebrochen werden. Es wurde im August 2021 im Rahmen einer erneuten Vollerhebung wiederaufgenommen. 1.332 Anschreiben wurden herausgeschickt, die Rücklaufquote betrug 10,6%.

Stadt Warendorf

Projektstart ist am 24.04.2022. Es werden im Anschluss innerhalb eines Jahres ca. 4.100 Anschreiben versandt. Aufgrund der Größe Warendorfs erfolgt eine Aufteilung in vier Bezirke, die Anschreiben werden entsprechend quartalsmäßig versandt werden.

Stadt Oelde

In Oelde sollten ab Januar 2020 im Anschluss an die Vollerhebung das Versenden der Anschreiben quartalsweise direkt nach den 75. Geburtstagen erfolgen. Aufgrund der Pandemie wurden diese erst im August 2021 zeitgleich verschickt. Es gingen 311 Briefe heraus, die Rücklaufquote betrug 7,7%.

Aufgrund der hohen Infektionszahlen in den letzten Monaten wurde vorerst von einem weiteren Versenden der Anschreiben in den Kommunen Beelen, Oelde und Wadersloh abgesehen.

Mit dem Stichtag 31.03.2022 werden im April 2022 die ausstehenden Briefe aus dem letzten Jahr und für das erste Quartal 2022 verschickt.

3. Coronapandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand 028/2022

Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet anhand einer Präsentation zur Corona-Pandemie (Anlage 1)

- über die aktuellen Corona-Fallzahlen auf Gemeindeebene,
- über die Zahl der stationären Behandlungen von Covid-19 Patienten in Krankenhäusern,
- die Anzahl der durchgeführten Impfungen,
- die Bürgertests,
- über die einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Frau Dr. Arizzi Rusche weist darauf hin, dass die derzeitige Coronavirus-Variante Omikron BA.2 sehr ansteckend sei, dieses zeigt sich in den aktuell sehr hohen Fallzahlen. I.d.R. seien v.a. bei Geimpften jedoch milde Verläufe zu verzeichnen.

Sie führt aus, dass seit kurzem auch der Corona-Impfstoff der Firma Novavax im Impfzentrum des Kreises Warendorf zur Verfügung steht. Wer zu den priorisierten Personengruppen gehört, könne sich registrieren lassen. Die Nachfrage sei sehr verhalten. Eine Priorisierung sei nicht mehr erforderlich.

Zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht teilt Frau Dr. Arizzi Rusche, dass das Gesundheitsamt bei Verstoß Betretungs- und Tätigkeitsverbote aussprechen könne. Auch seien Bußgelder möglich.

Sie weist darauf hin, dass die Versorgungssicherheit in den betroffenen Einrichtungen nicht gefährdet werden dürfe.

Frau Eickmeier erkundigt sich zur Quote des ungeimpften Personals in Einrichtungen.

Frau Dr. Arizzi Rusche teilt mit, dass eine Abfrage bei den Einrichtungen ergab, dass ca. 5 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ungeimpft seien.

Herr Strohbücker bittet um Mitteilung, über welchen Zeitraum eine Booster-Impfung Schutz biete. Er verweist auf die Empfehlung für Menschen ab 70 Jahren, Risikogruppen usw., denen eine 2. Auffrischungsimpfung empfohlen wird.

Frau Dr. Arizzi Rusche teilt dazu mit, dass die Ständige Impfkommission laufend Forschungsergebnisse sammle. Derzeit liegt die Empfehlung zur 2. Auffrischungsimpfung nur für ausgewählte Personenkreise vor.

An der Diskussion zum Bericht von Frau Dr. Arizzi Rusche beteiligen sich Herr Blömker, Herr Schulze Westhoff und Frau Rust.

4. Kooperations- und Unterstützungsprojekt zur Prävention von Wohnungsnotfällen im Kreis Warendorf	037/2022
---	-----------------

Frau Middendorf weist einleitend darauf hin, dass Wohnungslosigkeit nicht mehr nur ein Problem in Ballungsräumen und Großstädten sei, sondern die Zahl der wohnungslosen Menschen auch im ländlichen Raum steige. Sie sei eine der schlimmsten Formen der Armut.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) begegnet dieser Entwicklung mit einer in 2019 ins Leben gerufenen Initiative gegen Wohnungslosigkeit und finanziert sogenannte „Kümmerer“-Projekte.

Die bisher geförderten 22 Projekte seien erfolgreich gewesen, daher ermögliche es das MAGS nun allen Kreisen und kreisfreien Städten, sich zu beteiligen und habe Ende Dezember 2021 auch den Kreis Warendorf gebeten, sich an der Initiative zu beteiligen und einen entsprechenden Projektantrag zu stellen.

Laut Wohnungslosenstatistik von IT.NRW ist die Zahl der Wohnungslosen im Kreis Warendorf von 2019 zu 2020 um knapp 80 % angestiegen, ein Handlungsbedarf sei daher auch im Kreis Warendorf gegeben.

Vor diesem Hintergrund seien die entsprechenden Förderanträge gestellt worden.

Anhand einer Präsentation (sh. Anlage 2) berichtet Frau Middendorf weiter über die Landesinitiative „Endlich ein Zuhause“ und deren Zielgruppe.

Frau Wiedemann erläutert die Bausteine des Projektes:

- die zentrale Projektstelle,
- den Auf- und Ausbau von Netzwerken sowie
- die aufsuchende Einzelfallarbeit.

Des Weiteren berichtet sie

- zum erforderlichen Personal:
 - o eine Vollzeitstelle Projektsteuerung
Voraussetzung sei ein abgeschlossenes Studium mit Schwerpunkt Immobilienwirtschaft. Angesiedelt werde die Stelle im Planungsstab des Sozialamtes.
 - o zwei Vollzeitstellen Soziale Arbeit
Diese Stellen sollen bei einem freien Träger sein.

- zur Kostenkalkulation für die Durchführung des Projektes sowie
- zum weiteren Vorgehen.

-

Hinsichtlich der Kosten weist sie darauf hin, dass der Eigenanteil des Kreises 10 % der Gesamtausgaben betrage.

Herr Strohbücker erkundigt sich zur Veranschlagung der Kosten im Haushalt und zur Notwendigkeit der Einrichtung einer Vollzeitstelle Immobilienwirtschaft.

Frau Middendorf erläutert, dass die Kosten nicht im Haushalt veranschlagt seien, da die Beteiligung am Projekt erst Ende 2021 bzw. Anfang 2022 feststand. Der Eigenanteil von knapp 20.000 € könne jedoch in 2022 über den Gesamthaushalt gedeckt werden.

Mit den Städten und Gemeinden des Kreises sei bereits Kontakt aufgenommen worden, welche Möglichkeiten zur Bekämpfung und Verhinderung von Wohnungslosigkeit bestehen. Zudem sei der Fachbereich Wohnungswesen des Kreises ein enger Partner.

Ein Aufgabenschwerpunkt der Projektsteuerung sei die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft als Ansprechperson z.B. für Baugenossenschaften und Vermieter. Frau Middendorf verweist auf den Kreis Herford, mit dem sie in Kontakt stehe. Dieser befinde sich aktuell in der ersten Förderphase und bisher gute Erfahrungen mit dem Projekt habe.

Auf Nachfrage von Frau Geiger erläutert Frau Middendorf, dass mit dem niedrigschwelligen, aufsuchenden Angebot ein Zugang zu der schwer erreichbaren Zielgruppe geschaffen werden soll. Bisher liege die Beseitigung von Obdachlosigkeit in der Zuständigkeit der Ordnungsbehörden. Durch Sozialarbeiter werde es jedoch ermöglicht, Strukturen und Netzwerke zu entwickeln und die Wohnungslosen über Hilfsangebote zu informieren, um deren Lebenssituation zu verbessern. Es handele sich nicht mehr um eine reine Unterbringung.

Frau Eickmeier erkundigt sich zur Zukunft des Projektes nach Ablauf der dreijährigen Förderphase am 28.02.2025.

Frau Middendorf erklärt, dass die Nachhaltigkeit des Projektes über den Förderzeitraum hinaus unklar sei, ggf. müsse dieses ohne Fördermittel weitergeführt werden. Die geförderten Stellen würden zunächst befristet ausgeschrieben.

Frau Klausmeier erklärt, dass das Projekt zunächst beobachtet werden solle, eine Fortsetzung nach dem 28.02.2025 werde zu gegebener Zeit geprüft. Die derzeitige Landesregierung stehe für eine Verfestigung der Förderung, nicht nur für eine Anschubfinanzierung.

Frau Dr. Lehnert weist darauf hin, dass es ein Problem sei, dass trotz fehlender Wohnungen der soziale Wohnungsbau für Investoren oft nicht lukrativ sei.

Herr von Ketteler merkt an, dass ein Investor im ländlichen Raum seltener sozialen Wohnungsbau errichte. Eine Ansprechperson mit Kenntnissen in der Immobilienwirtschaft sei für die Wohnungswirtschaft sicherlich hilfreich.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Geiger, Frau Riveiro Vega, Frau Grap, Herr Blömker, Herr Strübbe und Herr Luster-Haggeney.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.20 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Brigitte Klausmeri
Schriftführerin